

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 Zl., mit Zustellgeld 4.80 Zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 Zl., vierteljährlich 14.66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 Zl. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u. c.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die einpaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Zl., Bf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorrat u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkassendaten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 155

Bromberg, Dienstag den 11. Juli 1933

57. Jahrg.

Radek als Ratgeber

für die polnische Außenpolitik.

Die Sowjets auf der Suche nach Rückendeckung.

Angesichts der undurchsichtigen Lage in Ostasien, sowie der immer mehr zunehmenden Schwierigkeiten innenpolitischer und wirtschaftlicher Natur in der Sowjetunion selbst versucht die Moskauer Regierung mit allen Mitteln neue Beziehungen zu den Weststaaten anzuknüpfen, um hier Rückendeckung und gleichzeitig materielle Unterstützung zu bekommen. Mit solchen Absichten scheint auch Litwinow nach London gekommen zu sein. Seine Fühlungsnahme mit dem englischen Außenminister, seine Besprechungen mit dem amerikanischen Delegierten und schließlich mit allen Nachbarn, die zur Unterzeichnung des „Angreifer-Paktes“ bereit waren, — sind der einzige Erfolg der Londoner Konferenz gewesen.

In diesen Bemühungen bediente sich die Sowjetdiplomatie aller Mittel. Besonders wurde die Denkschrift Jugenbergs benützt, um in tendenziöser Weise Kolonial- und Siedlungsfragen durcheinander zu werfen, und allen Staaten, die sich bisher der Sowjetunion gegenüber ablehnend verhalten hatten, die „deutsche Gefahr“ an die Wand zu malen. Deshalb wurde auch diese Denkschrift zu einer Sensation gemacht. Nach dem energisch zurückgewiesenen „Protest“ des Sowjetvertreters unternahm die Sowjetpresse einen Großangriff gegen Deutschland. An der Spitze die „Iswestija“. In der Nummer dieser Zeitung vom 20. Juni ergriff Radek das Wort in einem längeren Artikel unter dem Titel: „Phantasten Jugenbergs und die Außenpolitik des deutschen Faschismus und der englischen Starrköpfe“.

In dem ersten Absatz seines Artikels setzt sich Radek mit den deutschen Kolonialansprüchen auseinander und macht sogar den Vorschlag, daß man den Deutschen ihre Kolonien nicht zurückgeben solle. „Deutschland brauche keine Kolonien, weil es sowieso in der Vorkriegszeit zu ihnen zählen mußte“, sagt Radek. In einem weiteren Teil seines Artikels behauptet dieser kommunistische Publizist mit Berufung auf einen Artikel von Derzens in der „Zat“, daß der deutsche Faschismus entgegen den friedlichen Zusicherungen des Reichskanzlers Hitler seinen Drang nach Osten nicht aufgegeben habe. In seiner Phantasie sieht Radek zwei Etappen in der deutschen Ostexpansion. Die erste ist die Eroberung von Mecklenburg und Ostpreußen, um auf diese Weise Polen vom Meer abzuschneiden, es seiner chemischen Industrie zu berauben und es so zu einem Kriege gegen Deutschland unfähig zu machen. Für den Verlust dieser Gebiete soll Polen in der Weise entschädigt werden, daß man ihm seitens Deutschlands erlaubt und es sogar dazu drängt, nach Osten vorzurücken und die ukrainischen Gebiete zu besetzen!

Radek will den Polen diese drohenden Gefahren plausibel machen. Bei einem polnischen Feldzug nach Osten drohen den Polen nach seiner Auffassung zwei Gefahren: entweder kann Polen von der Sowjetunion in einem Kriege besiegt werden, wobei selbstverständlich die polnische Selbstständigkeit verloren gehen müßte. Aber auch, wenn es Polen gelingen würde, die Sowjetunion von der Sowjetunion loszutrennen, so würde das keine Vorteile für den polnischen Staat bedeuten. Die befreite Ukraine würde dann auch die westukrainischen Gebiete (Galizien) mit sich vereinigen, wodurch Polen von seiner Großmachtstellung zu einem Kleinstaat herabstinken würde. In einer selbständigen Ukraine würde der deutsche Kapitalismus sich festsetzen und mit seiner Expansion sogar andere kleine Staaten im Osten Europas bedrohen. Mit dem Hinweis auf die Geschichte des Jahres 1918, wo der deutsche „Imperialismus“ in der Ukraine eine Niederlage erlitten habe, und mit der Drohung, daß die rote Armee im Falle eines Konfliktes mit dem faschistischen Deutschland das deutsche Heer bis nach Kamerun vertreiben würde, schließt Radek seinen Artikel in der „Iswestija“.

Die arbeitenden Klassen der Sowjetunion würden ihre Selbstständigkeit zu verteidigen wissen und sich nicht als Kolonie des deutschen Kapitalismus behandeln lassen, sagt Radek in einem anderen Artikel.

Die Argumente der kommunistischen Politiker, die Radek hier anführt, bedeuten nichts Neues. Mit diesen Argumenten pflegt der Sowjetkriegskommissar Woroschi Iow vor die Massen zu treten. Mit ähnlichen Beweisen versuchen andere Moskauer Führer der Bevölkerung untragbare Lasten aufzuerlegen, und sie für neue Entbehrungen gefügig zu machen. Trotz des Hinweises auf die „Gefahr des deutschen Kapitalismus“ scheuen sich aber die Sowjetmachtgeber nicht, bei deutschen Kapitalisten Kredite zu suchen.

Trotzdem muß man aber feststellen, daß die Ausführungen Radeks noch weitergehen, als die Argumente seiner Gefinnungsgenossen. Haben seine Gefinnungsgenossen früher nur im Allgemeinen über die kapitalistische Gefahr für die Union gesprochen, so betont Radek, der früher einmal Schlageter feierte, am meisten die Gefahr, die nicht nur der Sowjetunion, sondern auch den benachbarten Staaten seitens Deutschlands droht. Die selbständige Ukraine kann, nach Radeks Auffassung, ein Grab für die Selbstständigkeit ihrer Nachbarstaaten werden.

Interessant in den Ausführungen Radeks ist nur sein Hinweis auf die Ukraine als den Knotenpunkt der weiteren politischen Entwicklung im nahen Osten. Radek fürchtet, daß die Ukraine zu einem Kolonialgebiet Deutschlands werden könnte. Was ist nun aus der Ukraine unter der Herrschaft der Sowjets geworden? Man könnte glauben, daß die Bedeutung der Ukraine in der Sowjetpolitik richtig eingeschätzt worden ist, und daß deshalb die Ukraine auch eine entsprechende Stellung in der Sowjetunion einnehmen müßte. In Wirklichkeit ist dieses reichste Land des Nahen Ostens zu einer Kolonie Moskaus im schlimmsten Sinne des Wortes geworden. Diese Tatsache tritt in diesem Jahre besonders deutlich in Erscheinung, wo die Sowjetregierung mit großen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Ernährung der Bevölkerung zu kämpfen hat.

In der engl. Zeitung „Daily News“ erschien ein Artikel eines amerikanischen Korrespondenten, der Gelegenheit hatte, im Mai die Sowjetunion zu bereisen. Laut statistischen Berechnungen sind in der Zeit der größten Hungersnot in der Sowjetunion, in den Jahren 1921/22 rund 5½ Millionen Menschen am Hungertode gestorben. Die Anzeichen dieses Jahres deuten darauf hin, daß in diesem Jahre allein in der Ukraine ebenso viel Menschen am Hunger sterben werden. Moskau kauft jetzt Getreide im Auslande und beliefert damit nur die Städte. Auf 30 Millionen Bewohner hat die Ukraine derzeit nur 4 Millionen Stadtbevölkerung. Die der Sowjetregierung unbequemen Elemente in den Städten werden aus ihnen ausgewiesen. Man treibt sie in die Kollektive, wo sie schlimmer als die Keger in den französischen Kolonien zu arbeiten haben. Auch die Kollektive sind vom Hunger nicht verschont geblieben. 100 Tote in einem Dorfe im Laufe einer Woche sind keine Seltenheit mehr. Die vom Hunger heimgesuchten Gebiete werden nach den Angaben des Korrespondenten durch die Tscheka (G.P.U.) von der übrigen Welt abgeschnitten. Man verbietet der Bevölkerung, aus den Gebieten auszuwandern, in denen die größte Hungersnot herrscht. Seinerzeit hat die Ukraine 22 Prozent der Gesamtenergie des ehemaligen Russischen Reichs geliefert. Jetzt ist die Ukraine von Moskau zum Hungertode verurteilt. Mit diesem Satz schließt der amerikanische Korrespondent seinen Artikel.

Diese Lage in der Sowjetunion erklärt auch, warum Radek so große Angst vor der Loslösung der Ukraine hat. Die dort seit Jahren herrschende Not konnte keine Sympathie für die Sowjetregierung erwecken. Wie die Sowjetpresse sogar selbst meldete, haben unbekannte Täter am 1. Mai in Kiew einige Staatsgebäude mit dem Hakenkreuz bemalt, wodurch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Hitler-Bewegung sich großer Sympathie in der Ukraine erfreue. Die geplagte und verfolgte ukrainische Bevölkerung hofft, daß der deutsche Nationalsozialismus einmal den Kommunismus überwinden und dadurch auch direkt die Befreiung der Ukraine herbeiführen werde.

Der Hinweis des aus Polen stammenden Juden Radek auf die Gefahr, die Polen seitens der selbständigen Ukraine droht, ist erklärlich. Die Zeiten, in denen die Sowjetunion von Deutschland materielle Vorteile ziehen konnte, sind vorüber. Im Inneren geschwächt, im Fernen Osten bedroht, sucht die Sowjetunion neue Verbündete im Westen. Der ehemalige Gendarm in Osteuropa gegen die kommunistische Gefahr soll jetzt zum Verbündeten desselben Kommunismus werden. Daher das An-die-Wand-malen der „deutschen Gefahr“ für Polen ausgerechnet durch Karl Radek. Im Kampf gegen den deutschen Nationalismus will der Sowjetführer in den polnisch-sowjetischen Beziehungen eine Renaissance des Vertrages von Andrussoff (1667) herbeiführen, in dem Rußland sich mit Polen auf Kosten der Ukraine einigte.

Reichskonkordat in Rom unterzeichnet.

Das Verbot katholischer Verbände aufgehoben.

Berlin, 10. Juli.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskonkordat ist am Sonnabend abend 6 Uhr von dem Vizekanzler von Papen und dem Kardinalstaatssekretär Pacelli paraphiert worden. Der Wortlaut des Reichskonkordats wird erst nach seiner Unterzeichnung veröffentlicht werden, die in zwei bis drei Wochen erfolgen dürfte. Vizekanzler von Papen, der am Sonnabend abend Rom wieder verlassen hat, wird sich zu der endgültigen Unterzeichnung wieder nach Rom begeben.

Hitler beglückwünscht Papen.

Der Reichskanzler hat zum Abschluß des Konkordats folgendes Telegramm an Vizekanzler von Papen gerichtet:

„Nehmen Sie bitte, Herr Vizekanzler, zu dem erfolgreichen Abschluß des neuen Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der katholischen Kirche meinen aufrichtigen Glückwunsch und meinen Dank entgegen.“

Herzlichst
gez. Adolf Hitler.“

Flüchtlingslager in Schneidemühl.

Das Contt-Bureau meldet aus Schneidemühl:

Der Hilfsverein für das Deutschtum im Auslande hat zu einer großen Sammlung aufgerufen, um den deutschen Bauern in Sowjetrußland, die fast alle dem Hungertode preisgegeben sind, Hilfe zu bringen. Zu Hunderten verlassen die bedauernswerten geplagten Deutschen in Rußland ihre ehemals blühenden Besitzungen, um nach Deutschland zu entfliehen.

Diese Flüchtlinge werden in das bereits früher für Flüchtlinge aus Polen und Rußland eingerichtete Lager nach Schneidemühl gebracht, wo sie erste Unterkunft und Verpflegung finden. Es sind zum großen Teil Bauern aus dem Wolgagebiet und der Ukraine, die sich gegenwärtig dort befinden, 357 an der Zahl.

Wenn man dem Lager einen Besuch abstattet, wird einem erst so richtig die ganze erschreckende und grauenvolle Lage dieser deutschen Volksgenossen klar. Den meisten sind die unangenehmen Qualen und Leiden im Gesicht eingemeißelt. Blass niedergeschlagen und stumpf sitzen sie herum und warten auf Nachrichten von ihren Angehörigen, die sie im Lande des Granens zurücklassen mußten. Die noch frei sind, erwartet ein furchtbares Schicksal, der Hungertod. Denn es gibt in den einst fruchtbaren Wolgagebieten und in der Ukraine heute nichts mehr zu essen.

Die Bauern im Schneidemühler Lager erzählen von furchtbaren Erlebnissen. Der eine konnte beobachten, wie eine Mutter, die halb irrsinnig von Hunger war, ihre beiden Kinder schlachtete und als Speise zubereitete. In einem anderen Fall gruben hungrende Bauern eben beigelegte Leichen auf dem Friedhof aus. Auf dem Marktplatz einer Kreisstadt lagen Hunderte von erschöpften Bauern, niemand kümmerte sich um sie.

Aus den Berichten der Flüchtlinge geht hervor, daß es der sowjetrussischen Herrschaft nicht mehr möglich ist, nur einigermaßen genügend Nahrung heranzuschaffen. Schuld ist die berüchtigte Kollektivwirtschaft, die den Bauern das Getreide nach der Ernte abnimmt. Für teures Geld müssen die Bauern im Frühjahr das Saatgut zurückkaufen.

Ab und zu treffen Briefe von den zurückgebliebenen Wolgabauern in dem Schneidemühler Lager ein. Ihr Inhalt ist nur eine einzige Klage. Die Leute haben nichts mehr zu essen, und einer nach dem andern stirbt dahin.

Die deutsch-russischen Flüchtlinge sind glücklich, daß sie das deutsche Reichsgebiet erreichen konnten. Sie nähnen sich wie im Paradiese. Die Regierung wird sie nach und nach als Landarbeiter in Deutschland unterbringen. Wenn es gelang, noch etwas Geld mitzubringen (die Bauern waren zum größten Teil alle recht wohlhabend), der wird sich irgendwo ansiedeln.

Rußlands innere Sorgen.

Moskau, 10. Juli (Eigene Drahtmeldung). In Moskau sprach der Volkskommissar für die Schwerindustrie Kujbyschew, der ein Anwachen der gegenrevolutionären Strömungen in Rußland zugab und neue scharfe Maßnahmen gegen die Bauern ankündigte, die die neue Ernte dem Staat entziehen wollten.

Rußlands äußere Sorgen.

Charbin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung). Russisches Militär beschlagnahmte an der Sungari-Mündung einen mandchurischen Dampfer. Die Mandchurische Regierung hat scharf protestiert und drei Kanonenboote entsandt.

Eine Erklärung des Vizekanzlers.

Wie aus Rom gemeldet wird, teilte Vizekanzler von Papen folgendes mit:

„Der Abschluß dieses Vertragswerkes ist historisch bedeutsam, weil zum ersten Male seit der Gründung des Reiches dieses seine rechtlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl regelt, was bisher den deutschen Ländern vorbehalten war. Nicht minder bedeutsam aber ist es, daß die beiden hohen Autoritäten, von deren Zusammenwirken das Wohl der Völker abhängt — nämlich die

Autorität der Kirche und die Autorität des Staates — in diesem Vertrage ihre von Gott gesetzten Einflüsse sich gegenseitig sichern und gegeneinander abgrenzen, um in um so größerer Harmonie der geistigen, kulturellen und staatlichen Wohlfahrt des Landes zu dienen. Die Herstellung klarer Zuständigkeit wird in Zukunft jeder Streit zwischen dem Staat und der Kirche ausschließen.“

Ich bin deshalb überzeugt, daß das abgeschlossene Konkordat einmal der geistigen Mission der Kirche nützlich sein wird, dann aber auch in hervorragendem Maße dem inneren

Frieden des deutschen Volkes und dem Werden des neuen Staates dienen wird."

Aufhebung von Verboten.

Gleichzeitig mit dem Abschluß des Konkordats hat Reichskanzler Adolf Hitler eine Verfügung erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

"Durch den Abschluß des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und der Deutschen Reichsregierung erscheint mir genügend Gewähr dafür gegeben, daß sich die Reichsangehörigen des römisch-katholischen Bekenntnisses von jetzt ab rückhaltlos in den Dienst des neuen nationalsozialistischen Staates stellen werden.

Ich ordne daher an:

1. Die Auflösung solcher katholischer Organisationen, die durch den vorliegenden Vertrag anerkannt sind und deren Auflösung ohne Anweisung der Reichsregierung erfolgte, ist sofort rückgängig zu machen.

2. Alle Zwangsmaßnahmen gegen Geistliche und andere Führer dieser katholischen Organisationen sind aufzuheben. Eine Wiederholung solcher Maßnahmen ist für die Zukunft unzulässig und wird nach Maßgabe der bestehenden Gesetze bestraft.

Ich bin glücklich in der Überzeugung, daß nunmehr eine Epoche ihren Abschluß gefunden hat, in der leider nur zu oft religiöse und politische Interessen in eine scheinbar unlösliche Gegensätzlichkeit geraten waren.

Der zwischen dem Reich und der katholischen Kirche abgeschlossene Vertrag wird auch auf diesem Gebiet der Herstellung des Friedens dienen, dessen sie alle bedürfen.

Ich habe die starke Hoffnung, daß die Regelung der das evangelische Glaubensbekenntnis bewegenden Fragen in kurzer Zeit diesen Akt der Versöhnung glücklich vollenden wird. gez. Adolf Hitler."

Die Zugeständnisse an die Katholische Kirche.

Berlin, 10. Juli. (P.M.) Nach Informationen der „Germania“ setzt sich das Reichsabkommen mit dem Vatikan aus etwa 30 Artikeln und einem einleitenden Protokoll zusammen. Die Reichsregierung hat der katholischen Kirche auf dem Gebiet der Erhaltung der konfessionellen Schulen, der Erteilung des Religionsunterrichts unter der Leitung von katholischen Geistlichen, sowie der Entwicklung einer freien Tätigkeit der kirchlichen und kulturellen katholischen Organisationen weitgehende Rechte eingeräumt. Die vorher zwischen dem Apostolischen Stuhl und den Ländern (Bavern, Preußen und Baden) abgeschlossenen Konkordate sollen in Kraft bleiben. Die grundsätzlichen Bestimmungen des Badener Konkordats sollen in Zukunft auch auf Württemberg, Hessen und Sachsen ausgedehnt werden.

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 9. Juli. (P.M.) In Kommentaren zu der Paraphierung des Reichskonkordats mit dem Vatikan betont die deutsche Presse vor allem den Einfluß, den dieser Staatsakt auf die Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse, sowie auf die Stärkung des Prestiges der Hitler-Regierung gegenüber dem Auslande ausüben dürfte.

Der halbamtliche „Völkische Beobachter“ erblickt in dem Abschluß des Konkordats einen neuen entscheidenden Schritt des Reichskabinetts, durch welchen sämtlichen Vorwürfen die Spitze abgebrochen wird, mit deren Hilfe das Zentrum eine ganze Reihe von Jahren hindurch die Nationalsozialisten bekämpft hat. Der Abschluß des Konkordats, so heißt es in dem Blatte weiter, erfolgte gerade in dem Augenblick, als die Zentrumspartei für immer von der politischen Bühne verschwunden ist. Die Folge dieses Ereignisses sollte eine Verhütung der Gemüter und die Ausschaltung von überflüssigen Konflikten sein.

Der „Vokal-Anzeiger“ schreibt u. a. recht optimistisch: „Es schwindet der Antagonismus zwischen den religiösen und den politischen Interessen, der jahrhundertlang das innere Leben Deutschlands vergiftete.“

Neuer Staatsrat in Preußen.

Das preußische Kabinett hat am 7. Juli unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Göring ein Gesetz über den Staatsrat verabschiedet, das die bisherigen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen über diese Körperschaft ablöst und den Staatsrat auf eine völlig neue Grundlage stellt.

Der neue Staatsrat wird nicht gewählt; er besteht aus den preußischen Kabinettsmitgliedern und aus bis zu 50 weiteren Persönlichkeiten, die der Ministerpräsident ernannt. Da der Staatsrat die Aufgabe hat, das Staatsministerium bei der Führung der Staatsgeschäfte zu beraten, nicht aber selbst unmittelbaren Einfluß auf die Leitung der Politik zu nehmen, stimmt er nicht ab. Seine Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Einfluß der Reichsführung ist dadurch sichergestellt, daß der Reichskanzler jederzeit die Einberufung des Staatsrats verlangen und im Staatsrat selbst erscheinen und sprechen kann.

Die Mitglieder des Staatsrats führen die Amtsbezeichnung: Preußischer Staatsrat. Der Ministerpräsident ernannt die Staatsräte als folgenden Gruppen:

1. Gruppe: Staatssekretäre;

2. Gruppe: Der Stabschef der gesamten EA, der Reichsführer der SS, der Stabsleiter der PD, die für preußische Gebietsteile zuständigen Gauleiter der NSDAP, und die eine Gruppe führenden Obergruppenführer der SA und Gruppenführer der SS.

3. Gruppe: Vertreter der Kirchen, von Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Kunst sowie sonstige um Staat und Volk verdiente Männer.

Die Staatsräte sind verpflichtet, an allen Sitzungen teilzunehmen, soweit sie nicht vom Ministerpräsidenten beurlaubt sind. Das Amt der Staatsräte ist ein Ehrenamt. Die Staatsräte erhalten freie Eisenbahnfahrt und Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Vorschriften, die das Staatsministerium erläßt. Ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigung ist nicht statthaft. Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates, der preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände und der sonstigen preußischen Körperschaften des öffentlichen Rechts bedürfen zur Ausübung des Amtes als Staatsräte keines Urlaubs; Gehälter und Löhne sind weiterzuzahlen.

Nach Ansicht der „Völkischen Zeitung“ wird das Konkordat eine hervorragende sowohl innere als auch außenpolitische Bedeutung haben. Die Tatsache, daß die Liquidierung der Zentrumspartei, die während der Verhandlungen mit dem Vatikan erfolgte, keine Schwierigkeiten bereitete, ist nach Ansicht des Blattes ein günstiges Vorzeichen für die Zukunft.

Die Schmallaldischen Artikel.

Westfälische Geistliche werden wieder in ihr Amt eingesetzt.

Eine bemerkenswerte Anordnung hat am Donnerstag der kommissarische Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Dr. Werner, für Westfalen erlassen; sie geht auf Vorstellungen zurück, welche u. a. von Seiten der „Deutschen Christen“ in Westfalen an zuständiger Stelle erhoben worden sind. Danach sind die bisherigen westfälischen Presbyterien, Synodalvorstände und der Provinzialkirchenrat unverzüglich wieder in ihr Amt einzusetzen, da sich nach eingehender Prüfung der dortigen kirchlichen Lage herausgestellt hat, daß die bereits früher im Amt Gewesenen ihr kirchliches Amt aus dem Bekenntnis herleiten.

Die bedeutsame Begründung erklärt sich folgendermaßen: Die Vertreter der westfälischen Kirche hatten sich nämlich gegenüber dem E. D. R. auf den Artikel 67 aus den „Schmallaldischen Artikeln“ berufen und feierlich erklärt, sie seien durch ihr Ordinationsgelübde an die Bekenntnisschriften gebunden und könnten keine andere als die rechtmäßig gewählte geistliche Obrigkeit in kirchlichen Dingen anerkennen. In diesem Artikel 67 heißt es:

„Denn wo Kirche ist, da ist ja der Befehl, das Evangelium zu predigen. Darum müssen die Kirchen die Gewalt behalten (zu retinere), daß sie Kirchendiener fordern, wählen und ordinieren. Und solche Gewalt ist ein Geschenk, welches den Kirchen eigentlich (proprie = zum Eigentum) von Gott gegeben und von keiner menschlichen Gewalt kann genommen werden (folgt Bitterung von Epheser 4, 8 ff.). Daraus folgt, wo eine rechte Kirche ist, daß da auch die Macht sei, Kirchendiener zu wählen und zu ordinieren.“

Der seines Amtes enthobene Generalsuperintendent D. Dibelius hat in einem Rundschreiben an seine Pfarrer ähnliches geltend gemacht und erklärt, sein geistliches Hirtenamt könne ihm von keiner weltlichen Gewalt genommen werden.

Eine Stellungnahme Hitlers.

Das lebhafteste kirchenpolitische Interesse in England hat den Dekan von Chichester veranlaßt, in einem Brief an die „Times“ über seinen Berliner Besuch zu berichten.

Er sagt darin, der Reichskanzler habe ihm nachdrücklich versichert, daß es nicht seine Absicht sei, in die innere Tätigkeit der Kirchen einzugreifen. Er habe gesagt: „Ich bin Katholik, mein Platz ist nicht in der evangelischen Kirche.“ Der Kanzler habe ferner erklärt, er wünsche die moralischen Kräfte zu stärken. Das Vorhandensein von 28 Landeskirchen führe zur Uneinigkeit und zur Zersplitterung ihrer Wirkung. Er wünsche eine einzige Reichskirche und hoffe, daß diese möglichst bald in Erscheinung trete und einen Glaubensbischof wählen werde. Die Regelung dessen, was mit Glaubenslehre, Gottesdienst und innerer Organisation zusammenhänge, sei eine innere Angelegenheit der Kirche, in die er sich nicht einzumischen wünsche.

Er sei gewarnt worden, einzugreifen, weil er einen Notstand vorgefunden habe. Er hoffe, daß die Schwierigkeiten jetzt überwunden werden könnten und daß die neue, von den Kirchenführern ausgearbeitete Verfassung zu einer Vereinheitlichung der Kirche führen werde. Bei Verhandlungen mit der römisch-katholischen Kirche habe er es mit einer einzigen Institution zu tun, er wolle bei der evangelischen Kirche in derselben Lage sein. Die Kirchen dürften sich nicht in die Politik einmischen, in religiösen Dingen würden sie völlige Freiheit haben.

Die ersten Ernennungen.

Der neue Staatsrat wird mit einem feierlichen Staatsakt in einem Saale des Berliner Schlosses eröffnet werden. Ministerpräsident Göring hat bereits die ersten Ernennungen vorgenommen. Demnach werden dem Staatsrat zunächst angehören:

Alle preußischen Minister, die Staatssekretäre Grauert vom Innenministerium und Körner vom Staatsministerium, der Stabschef der EA Hauptmann a. D. Röhm, der Reichsführer der SS Himmler, der Stabschef der politischen Organisation der NSDAP und Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley, Oberpräsident und Gauleiter Koch-Königsberg, Gauleiter Karpenstein-Stettin, Oberpräsident und Gauleiter von Brandenburg-Grenzmark Kube, Oberpräsident von Nieder- und Oberschlesien und Gauleiter Brückner, Gauleiter von Halle-Merseburg Jordan, der stellvertretende Gauleiter Grollinger-Berlin, ferner die Gauleiter Wagner-Bochum, Terhoven-Essen, Florian-Düsseldorf, Simon-Koblenz, Grohe-Köln, Weinrich-Kassel, Telschow-Hannover-Ost, Oberpräsident und Gauleiter Lohse-Kiel.

Für diejenigen Gauleiter der NSDAP in Preußen, die gleichzeitig Statthalter eines anderen Gebietes sind (Voeyer, Meyer, Sander und Sprenger) werden die stellvertretenden Gauleiter in den Staatsrat berufen.

Ferner sind folgende fünf Obergruppenführer der EA in den Staatsrat berufen worden: Polizeipräsident Heines-Breslau, Lichmann-Königsberg, von Jagow-Kassel, Luyken-Niederrhein und Oberpräsident Lohse-Hannover, ferner die SA-Gruppenführer Ministerialdirektor Daluge-Berlin, von Woyrsch und Polizeipräsident Weigel-Düsseldorf.

Als Vertreter der Wirtschaft ist der Industrielle Tschiffen, als Vertreter des Stahlwerks Mittelmeier a. D. v. Morozowicz, ferner aus der Gruppe der Personen, die besondere Verdienste um den Staat haben, der frühere Oberpräsident von Ostpreußen Kutjcher und der bisherige Oberpräsident von Pommern von Halfern in den Staatsrat berufen.

Ostpreußen bleibt bei Preußen.

Berlin, 10. Juli. (P.M.) In der Presse erschienen in der letzten Zeit Gerüchte, nach denen die Absicht bestehe, die Provinz Ostpreußen von Preußen abzutrennen und aus ihr einen selbständigen Bundesstaat innerhalb des Reichs mit einem besonderen Statthalter an der Spitze zu bilden. Der preussische Ministerpräsident Goering hat diese Gerüchte kategorisch in Abrede gestellt und angekündigt, daß er die Personen, die derartige Meldungen verbreiten, zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen lassen werde.

Fritz Ebert verhaftet.

Berlin, 10. Juli. (P.M.) Die politische Polizei hat am Sonnabend den sozialdemokratischen Publizisten Fritz Ebert, den Sohn des verstorbenen ersten Reichspräsidenten, verhaftet und im Konzentrationslager untergebracht.

Dollfuß will rücksichtslos vorgehen.

1600 Zwangsstellungen in Wien.

Wien, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wiener Polizei hat den Rekord nächtlicher Zwangsstellungen, den sie kürzlich mit 880 Personen vorgenommen hat, in den ersten Morgenstunden des Sonntag fast verdoppelt, indem sie nicht weniger als 1600 Personen zwangsgestellt hat. Es scheint sich hier um ein neues System der Beunruhigung zu handeln, da von den Zwangsgestellten 400 Personen den Patrouillen zur nächsten Wache folgen mußten und nur 50 überhaupt in Polizeiarrest behalten wurden. Vermutlich ist dieses System auf die Verschärfung des Kurzes gegen die Nationalsozialisten zurückzuführen, von der Bundeskanzler Dollfuß in einer am Sonntag nachmittag abgehaltenen Versammlung sprach, in der er ein noch rücksichtsloseres Vorgehen ankündigte. Dollfuß erklärte dabei u. a.:

„Man will unseren Fremdenverkehr schädigen, uns im In- und im Auslande verfeinden. Lumpen, deren man nicht habhaft werden kann, streuen die gemeinsten Verleumdungen und Verdächtigungen aus.“ Einige Tage später heißt es dann aber: „Wenn Deutschland auf der Basis vollkommener Ehrlichkeit und vollkommener Gradlinigkeit mit Österreich verkehrt, dann würden auch die letzten Schwierigkeiten und Spannungen beseitigt werden.“

Gömbös in Wien.

Der ungarische Ministerpräsident besucht Dr. Dollfuß.

Wien, 10. Juli. (P.M.) Einer Einladung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß folgend, ist der ungarische Ministerpräsident Gömbös am Sonntag nachmittag in Wien eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von Dr. Dollfuß, den Mitgliedern der österreichischen Regierung und von Vertretern der ungarischen Gesandtschaft begrüßt. Unverzüglich nach der Ankunft begab sich Gömbös in die ungarische Gesandtschaft, wo ihm der österreichische Kanzler einen Besuch abstattete. Abends gab Bundeskanzler Dollfuß zu Ehren des Gastes ein Diner. Sowohl bei dem Besuch als auch nach dem Essen hielten die beiden Staatsmänner Konferenzen ab, worauf der ungarische Ministerpräsident Wiener und ausländische Pressevertreter empfing.

Die Wiener Presse verfolgt den unerwarteten Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten mit großem Interesse. Aus den Pressestimmen geht hervor, daß den Gegenstand der Unterredungen zwischen den beiden Staatsmännern in erster Linie wirtschaftliche, dann aber auch politische Fragen bildete, mit der Einschränkung jedoch, daß man sich weder über die Frage der österreichisch-ungarischen Zollunion, noch über die der Wiederherstellung der Monarchie unterhielt. Nach der „Reichspost“ betrafen die Konferenzen zahlreiche Probleme, die beide Länder interessieren.

Gömbös fährt auch nach London?

London, 10. Juli. (P.M.) Gestern war hier das Gerücht verbreitet, daß der ungarische Ministerpräsident Gömbös am heutigen Montag in London eintreffen würde. Die Ankunft des ungarischen Ministerpräsidenten wird mit der Notwendigkeit seiner Teilnahme an den in London stattfindenden Getreideverhandlungen in Zusammenhang gebracht. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß, falls Gömbös tatsächlich in London eintreffen sollte, seine Ankunft politische Ziele haben würde, die mit der Klärung der österreichisch-ungarischen Beziehungen im Zusammenhang ständen.

Hendersons Europa-Reise.

Am Dienstag Besprechungen mit Daladier.

London, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, ist am Montag morgen von London nach Paris abgereist, um die direkten Abrüstungsverhandlungen mit ausländischen Regierungen zu eröffnen, zu deren Durchführung er von dem Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz ermächtigt worden ist. Henderson hat während seines Aufenthalts in London das englische Außenministerium besucht und vorbereitende Besprechungen mit Vertretern der Englischen Regierung gehabt. Eine Zusammenkunft zwischen Henderson und dem französischen Ministerpräsidenten Daladier ist auf Dienstag vormittag angesetzt worden. Die Dauer von Hendersons Aufenthalt in Paris wird von dem Fortschritt seiner dortigen Verhandlungen abhängen. Er wird dann seine europäische Rundreise nach Rom und anschließend nach Berlin fortsetzen. Außerdem ist er zum Besuch anderer europäischer Hauptstädte eingeladen worden.

Falls Hendersons Hoffnungen sich erfüllen, so wird er in der Lage sein, im August — während der Völkerbundversammlung — eine Sitzung des Abrüstungsbureaus einzuberufen. Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wird auf jeden Fall bis 16. Oktober vertagt bleiben.

Wasserstandsrichten.

Aratau — 1,83, Gaudhoe — 2,47, Warshaw — 1,33, Loc. — 0,79, Thorn — 0,76, Gordon — 0,72, Culm — 0,63, Graudenz — 0,82, Aursbeal — 0,96, Pielde — 0,20, Dirschau — 0,02, Einträge — 2,24, Schiewenhorst — 2,44.

Bommerellen.

10. Juli.

Grudenz (Grudziadz).

Noch eine Pferdeuntersuchung.

An den Anschlagfäulen ist eine vom Starosten bzw. Stadtpräsidenten veröffentlichte Bekanntmachung zu lesen, die im wesentlichen folgendes enthält:

Am Donnerstag, 13. d. M., 8 Uhr, haben die Pferdebesitzer ihre Pferde vor dem Feuerwehrgelände, Pilsudkistrasse, vorzuführen. Es müssen folgende im wesentlichen folgendes enthält:

- 1. die im Jahre 1929 geboren sind;
2. alle älteren Pferde, für die noch keine Identitätsbescheinigungen ausgestellt, und die noch nicht in die Evidenzbücher eingetragen sind;
3. alle 13- und 14jährigen (somit 1919 und 1920 geborenen) Pferde, die in den Identitätsnachweisen die Kategorien WI, WII, AI, AC oder T erhalten haben.

Nicht vorzuführen sind: Hengste und Stuten englischer Rasse reiner Abstammung, die durch ein Attest des Landwirtschaftsministers anerkannt worden sind; ferner registrierte Stuten, die vom Landwirtschaftsministerium anerkannt sind, sowie hochtragende Stuten und solche mit Fohlen bis zu 8 Jahren. Nicht vorgeführt werden dürfen auch feuchtkranke oder verdächtige Tiere. Die Bescheinigungen hierüber sind beizeiten zu beschaffen und dem untersuchenden Tierarzt vorzulegen. Unterlassung der Pferdebestellung zieht Bestrafung nach sich.

Protestversammlung. Um ihrem Unwillen über die letzten erfolgte 25prozentige Herabsetzung ihrer Bezüge Ausdruck zu geben, hatten sich kürzlich im Derdonskiischen Lokal etwa 200 in städtischen Werken und Instituten Beschäftigte versammelt. Es wurde eine Entschließung gefasst, daß der Magistrat unverzüglich mit den Berufsverbänden der in kommunalen Werken und Instituten öffentlichen Gebrauchs tätigen Arbeitern Verträge auf Grund der Lohnsätze, die im Jahre 1931 verpflichtet haben, abschließen möge.

Wegen kommunistischer Agitation hatten sich, wie der "Gon. Nadw." meldet, vor dem hiesigen Militärgericht neun Gemeinde der Grudenzener Garnison zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Angeklagten, die der Mehrzahl nach aus den Ostgrenzgebieten Polens stammen und griechisch-katholischer Konfession sind, wurden zu Gefängnisstrafen von 2 bis zu 10 Jahren verurteilt. Verhandlungsleiter war der Chef des Militärgerichts Oberst Dr. Medwicz, die Anklage vertrat Militärprokurator Hauptmann Kulikowski, die Verteidigung führten von Amts wegen die Rechtsanwälte Caschowicz und Plachtowski.

Der Sonnabend-Wochenmarkt hatte recht gute Zufuhr; auch war der Marktbetrieb recht reger, so daß Verkäufer und Käufer zufrieden waren. Butter kostete 1,00-1,20, Eier 0,95-1,10, Weiskäse 0,15-0,50; Gartenerdbeeren 0,35-0,45, Kirichen 0,50-0,60, Stachelbeeren 0,40, Tomaten 0,30-1,50, Johannisbeeren 0,40 das Pfd., Weiskohl 0,15, Erbsichoten 0,10-0,15, Mohrrüben 3 Bündchen 0,20-0,25, Blumenkohl 0,20-0,60, Kohlrabi 2 Bündchen 0,15-0,20, frische Kartoffeln Pfd. 0,10, alte Kartoffeln BeZutner 4,00-5,00, Pfd. 0,05-0,06, Gurken 0,40-0,80, Puten 2,50-3,00, alte Hühner 2,25-3,50, Tauben Paar 0,80-1,00, junge Hühner Paar 1,50-4,00, Kalb 0,80-1,30, Schafe 0,80-1,00, Breiten 0,60 bis 0,70, Pflöze 0,35-0,50.

Eine abscheuliche Plage bilden die Dreißblatt- und Würfelspielschwindler. Alle Augenblicke erscheint bei der Polizei jemand, sein Leid des Hereingefallenseins und Einbüßens von mehr oder weniger Geld zu klagen. Dieser Tage ließ sich in einem öffentlichen Garten, der den Schädlingen oft als Stätte für ihre häßliche Arbeit dient, ein Mann aus Malanowo, Kr. Culm, mit ihnen auf das berüchtigte Dreißblattspielen ein. Er kam noch mit einem verhältnismäßig geringen Verlust von 30 Zloty weg.

Wieder ist ein erheblicher Gelddiebstahl, diesmal im Hause Oberbergstraße (Nadgórna), verübt worden. Dort hatte der Arbeiter Paul Wolf in einem Spinde seiner Wohnung eine Summe von 1400 Zloty verwahrt. Diese Frucht schwerer Arbeit und langer Sparzeit haben nun Spitzhaken bei einem dort verübten Einbruch geraubt. Auch der Fall zeigt aufs neue, wie gefährlich es ist, Geld in der Wohnung zu verstopfen.

"Aur" 11 Diebe meldete der letzte Polizeibericht als festgenommen, darunter 6 Fahrradspedialisten; außerdem eine Frau, die öffentlich skandalisierte.

Aburteilung von Ladenbieben. Vor der Strafkammer hatten sich Rajmund Baranowski (aus der Gegend von Pultusk), Walerja Szynowska aus dem Kreise Strasburg und ein gewisser Bronislaw Miloszewski wegen Ladenbiebstahls zu verantworten. Eine Bronislawka Skujawska aus Lodz, die mitangeklagt war, hatte es vorgezogen, der Verhandlung fernzubleiben. Dies edle Kleeblatt betraf zu zwei Paaren am 9. März d. J. den Fasterschen Laden in der Untertornerstraße (Toruniska). Die beiden weiblichen Personen traten scheinbar als Käuferinnen auf und ließen sich Sachen vorlegen, und warteten dabei auf eine Diebesgelegenheit, während die Männer in der Nähe standen. Es bot sich auch bald eine vorzügliche Situation zum Stehlen. Eine Kundin, die in zwischen den Laden betreten hatte, Frau Maczkowska, legte ihre Tasche, in der sich 1500 Zloty befanden, auf den Ladentisch und begab sich dann, während sie die Tasche liegen ließ, zu einer anderen Ladenstelle. Da griff der Angeklagte Baranowski schnell zu, nahm die Tasche und entfernte sich damit aus dem Geschäft. Frau M. bemerkte wenige Augenblicke später das Fehlen der Tasche, schlug Alarm, und es erfolgte eine Revision der im Laden verbliebenen Gehilfen der Diebe. Natürlich wurde nichts bei ihnen gefunden. Der Verdacht aber blieb auf ihnen haften, und sie kamen auf die Anklagebank. Das Gericht zog bei der Straf-bemessung den Umstand in Erwägung, daß ein Teil des gestohlenen Geldes in der Casarnecki-Kaserne beschlagnahmt werden konnte, ferner daß die Täter bisher noch unbe-

strafte waren. Das Urteil lautete somit gegen Baranowski auf 5 Monate Gefängnis mit Anrechnung der Unter-suchungshaft und gegen die Szynowska auf 7 Monate Ge-fängnis und 20 Zloty Geldstrafe unter Zubilligung einer 5jährigen Bewährungsfrist. Miloszewski wurde frei-gesprochen.

Thorn (Torun).

Von der Weichsel. Seit dem Vortage um 3 Zenti-meter gestiegen, betrug der Wasserstand Sonnabend früh am Thorner Pegel 0,71 Meter über Normal. Da er im Mittel- und Oberlauf erheblich gestiegen ist, ist mit wei-terer Erhöhung des Wasserstandes in der neuen Woche zu rechnen. Die Wassermenge betrug Sonnabend ungefähr 15 1/2 Grad Celsius. — Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig passierten die Personendampfer "Atlantyk" und "Re-duta Orbona", in umgekehrter Richtung "Witez". Sodann legten auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau Passa-gierdampfer "Halka" und in umgekehrter Richtung "Francja" hier an. Von Danzig kommend, passierte der Schlepper "Spoldzielnia Wisla" mit einem Kahne die Stadt auf der Fahrt zur Hauptstadt. Von hier startete Schlepper "Ka-dziewica" mit zwei Rähnen gleichfalls nach Warschau.

Der Pommerellische Wojewode hat dem Stadtpräsi-denten seine Anerkennung und seinen Dank ausgesprochen für seine Mitarbeit anlässlich der Luft- und Gaschutzübun-gen Ende April und für die Fortschritte, die bei der Ein-richtung von Gaschutzräumen in der Stadt erzielt wurden.

Das Staatliche Akzisen- und Monopolum hat die bis-her im Finanzamt am Altstädtlichen Markt (Kynek Staro-miejski) innegehabten Bureauräumlichkeiten nach dem Hause Talstraße (ul. Monowicza) 19, 1 Treppe, verlegt.

Ausschreibung. Die städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke (Elektrownia i Gazownia Mieska) haben für die Gleisanlagen die Lieferung von etwa 200 und 150 bzw. 200 Kubikmetern Schottersteinen bzw. Grobkies öffentlich aus-geschrieben; Preise franco Elektrizitätswerk Schulstraße (ul. Stenkiowicza) 26. Offerten in verschlossenen und versiegelten Umschlägen mit der Aufschrift "Oferta na kamien i zwir" sind bis zum 15. Juli, spätestens 12 Uhr mittags, einzu-reichen.

Eine Reinigung des Wasserleitungsnetzes fand in der Nacht zum Sonntag statt. Wir fanden die diesbezügliche Ankündigung des städtischen Wasserwerks erst in der Sonn-tagsausgabe der polnischen Presse, so daß wir unsere Leser leider nicht rechtzeitig informieren konnten.

Eine 400 Personen zählende Ausflugsgesellschaft des Verbandes polnischer evangelischer Jugend aus Wigotka (Tscheschoslawakei) traf Sonnabend nachmittag aus Warschau kommend ein, besichtigte die alten Ordensbauten und wei-teren Sehenswürdigkeiten und nahm abends im Stadt-theater (Teatr Polski) an der Aufführung "Fräulein Dok-tor" teil. Gegen 11 Uhr abends erfolgte die Weiterfahrt nach Bromberg.

Briefen (Wabrzejno), 9. Juli. Dem Landwirt Namiaski aus Hohenkirch wurde von unbekannten Tätern eine größere Menge Saatweide vom Wagen gestohlen.

Einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist der Maler J. Prusiecki von hier. P. erlitt während der Arbeit einen Anfall von Epilepsie und stürzte dabei durch das Fenster aus dem zweiten Stokwerk eines Hauses auf den Bürgersteig. Er zog sich hierdurch einen Schädelbruch zu und starb bald nach dem Unfall.

Gdingen (Gdynia), 9. Juli. Ein großes Schaden-feuer entstand gestern nachmittags in der Danzigerstraße, wo infolge unachtsamen Pantierens mit offenem Feuer eine Barade auf dem Grundstücke des Bruno Czapp in Brand geraten war. In der Barade befanden sich drei Autos, von denen zwei in Sicherheit gebracht werden konnten. Auch das nahegelegene vierstöckige Haus faßte Feuer. Dank schneller Hilfe beider Feuerwehren konnte ein Ausbreiten des Feuers verhindert werden. Der entstandene Sachschaden beläuft sich auf etwa 20000 Zloty.

Unter dem Verdacht von Falschmünzerei wurden von der Polizei K. Rozanski, St. Gerlak und S. Czapska ver-haftet, die falsche 10-Zloty-Münzen in den Verkehr brachten. Bei den Verhafteten wurden 47 Falsifikate vorgefunden.

Seinen Leichtsinns bezahlte mit dem Tode der Reisende N. Blotkowski aus Gdingen. Er sprang aus einem fahrenden Zuge und kam hierbei unter die Räder, die ihm

das linke Bein vom Körper trennten. Den Schwerverlek-ten brachte man sofort ins Krankenhaus, wo er alsbald seiner Verletzung erlag, ohne die Befinnung wieder erlangt zu haben.

In der polnischen Küste wurden im Monat Juni 181870 Kilo Fische gefangen, die einen Wert von 78 510,00 Zloty darstellen. Nach Danzig wurden 77 630 Kilo Fische ausgeführt.

Einem Unglücksfall zum Opfer fiel im Hafen bei der Arbeit Joh. Kwajniowski aus Pogorich, auf den von einem Kran mehrere Kisten fielen. In hoffnungslosem Zu-stande wurde er ins Krankenhaus geschafft.

Von einem Motorrad überfahren wurde in der Dan-zigerstraße Joh. Grzyba der so schwere Verletzungen da-vontrug, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. Gesellschaft Curric Line zwischen Gdingen und den Häfen ge-sellschaft Curric Line zwischen Gdingen und den Häfen Leith und Grangemouth eröffnet worden. Die Schiffe wer-den Gdingen jede Woche anlaufen.

h Gorzno (Gorzno), 8. Juli. In Laszewo (Laszewo) brach ein Feuer im Gehöft der Marie Bogacka aus. Niedergebrannt sind Viehstall und Scheune. In den Flam-men kamen ein Pferd und drei Schweine um. Ferner fielen eine Bräuhöhle, ein Dreischloß, eine Reinigungsmaschine und verschiedene landwirtschaftliche Ackergeräte dem Feuer zum Opfer. Der Brandschaden beziffert sich auf ungefähr 4000 Zloty.

Dem Landwirt Anton Szczesny in Brinsk-Bialken (Bialki) wurde in den letzten Tagen eine Kuh von der Weide gestohlen. Die Polizei hat eine Untersuchung ein-geleitet.

Der in den Kreisen Strasburg und Lobau bekannte Dieb Theophil Zakrzewski aus Kal. Sosno (Król. Sosno) konnte auf dem Wochenmarkt in Neumark (Nowemiasto) von der dortigen Polizei verhaftet werden, als er 5 Ferkel zum Kauf anbot, die er den Landwirten Gorczynski und Kowalski in Laszewo (Laszewo) gestohlen hatte. Die Ge-schädigten erhielten ihre Vorrentiere zurück. Der Dieb wurde der Polizei in Gorzno übergeben.

Auf einem Vergnügen in Polnisch-Brasozie (Pol-stie Brasozie) kam es zu einer Messerstecherei, wobei ein Josef Bloch mehrere Stiche erhielt, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. An seinem Aufkom-men wird gezweifelt.

tz Konitz (Chojnice), 8. Juli. Eine schier un-glaublich erscheinende Nachricht wird aus Górs-dorf gemeldet. Dort sollen gestern nachmittag auf dem Hof des Besitzers J. die Hühner auffällig unruhig sich gezeigt haben. Der 13jährige Sohn ging daraufhin auf den Hof und wurde dort von zwei Füchsen angefallen. Er ergriff einen Stock und schlug um sich, konnte jedoch die Tiere nicht verjagen. Auf seine Hilferufe kam der Hofsund angesprun-gen, der sofort den einen Fuchs annahm. Der Junge lief, von dem anderen Tier verfolgt, in die Scheune, wo eine große Kasse dem Fuchs so saßte, daß er flüchtete. Knabe und Hund sollen mehrere Bisse bekommen haben. Ob dieser Bericht den Tatsachen entspricht, konnten wir leider nicht feststellen.

Eine Frau wurde im Stadtwald von einem Land-streicher überfallen und vergewaltigt. Die Polizei hat Nach-forschungen eingeleitet.

In Meczal wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Nach der Mutter wird gesucht.

In schwer verletztem Zustande zum Arzt geschafft wurde der Arbeiter Jan Wrycza aus Lubnia bei Czersk, der bei einem Streit mit dem Arbeiter Tchel von diesem etwas unsanft mit der Hacke bearbeitet wurde.

Ein bisher unbekannter Täter brach in die Wohnung des Landwirts Jakob Hoffmann in Badzimirowice ein und stahl zwei Trauringe und bares Geld.

Der heutige Wochenmarkt war mittelmäßig besucht und es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,10-1,30, Eier 1-1,10, Hühner 0,80-1, Hühner 1,80-2,20, Enten 1,60-2, Tauben 1-1,10, Gurken 0,50-0,60, Blumenkohl 0,30-0,40, Kohlrabi 0,10-0,15, Tomaten 2-2,20, Garten-erdbeeren 0,50-0,60, Weiskohl 0,50-0,60, Kartoffeln 3,50-4, Ferkel 26-32 Zloty.

p Reustadt (Wejherowo), 8. Juli. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten alte Kartoffeln 3,50-4,00, neue das Pfund 0,15; Eier 1,00-1,10; Butter 1,10-1,30; Ferkel 10 bis 15 Zloty das Stück, ältere 18-20 Zloty.

Wegen illegaler Überschreitung der Grenze bei Überbrück (Zamofine) im Seekreis von Deutschland nach Polen wurden zwei Männer aus Rowno, Schaulis

Grudenz.

Privat-Unterricht im Zeichnen und Malen. Achtung! Alle diejenigen, welche mir 3t. Bilder zur Einrahmung übergeben, haben, wenn hiermit aufgefodert, dieselben bis spät. z. 25. d. Mts. abzuholen, andernfalls jeder Anspruch verlorengeht. S. Schulenburg, Glasermeister, Szewilka 3. 5223. Schüler zu ermäßigter Pension nimmt auf Feiste, Ogrodowa 37, 1 Tr. 5224.

Thorn.

Für meine Eisenhandlung suche ich per 1. August einen Lehrling für die Einmachzeit: Glashaut Galial-Bergamentpapier in Bogen. Justus Wallis, Papier-Handlung, Torun, Szeroka 34. Gegr. 1853. 5111

Angst vor Sonne? und Sommersprossen. — heute nicht mehr zeitgemäß! Täglich regelmäßiger Gebrauch der hochwertigen Herba-Präparate sichert Ihnen, selbst bei heisstem Sonnenbrand, eine reine Haut. Die unschönen Sommersprossen, gelben Hautflecken und jegliche Hautunreinheiten, werden rasch und sicher durch die albewährte Herba-Seife beseitigt. Herba-Creme hält Ihren Teint geschmeidig und jugendfrisch. Von 50 P an überall erhältlich. HERBA CREME U. SEIFE VON OBERMEYER & CO.

Japans Politik in Südostasien.

Der Bericht der letzten Staatsumwälzung in Siam ist mit wenigen Ausnahmen in der europäischen Öffentlichkeit kaum beachtet worden. Unter ihm verbergen sich aber weltpolitische bedeutsame Entwicklungen, da Siam in der letzten Zeit immer härter ein verborgener Kampfplatz der verschiedenen asiatischen Mächte: England, Japan, China und der Sowjetunion geworden ist.

Japanpolitisch bedeutet der friedlich erfolgte Sturz des Kabinetts das „zur Macht kommen“ einer Gruppe, welche faszistische Ideale nach asiatischer, d. h. japanischer Art mit stark radikaler Wirtschaftsgestaltung verbindet. Die siamesische Außenpolitik erhält dadurch ihr Interesse, daß sie ein Spiegel der machtpolitischen Verhältnisse in Südostasien ist. Der sowjetrussische Einfluß, der sich indirekt durch eine sehr starke kommunistische Propaganda auswirkt, die ihre Zentrale wahrscheinlich in Französisch-Indochina verbirgt, dauert fort, ist aber gegenüber dem japanischen Einfluß ins Hintertreffen geraten.

Die Hoffnungen, die sich früher auch in den Bevölkerungsschichten Südostasiens an die Sowjetunion knüpften, sind heute auf Japan übergegangen. Die moralische, militärische und politische Stärke Japans, sein erfolgreicher Versuch, durch gewalttätige Neugliederung Chinas einen asiatischen Völkerbund unter seiner Führung vorzubereiten, haben die südostasiatische Intelligenz pro-japanisch gemacht. Ein besonderes Bedürfnis der siamesischen Außenpolitik kommt dieser pro-japanischen Haltung entgegen. 20 Prozent der auf siamesischem Boden lebenden Bevölkerung sind Chinesen, die entweder seit mehreren Generationen dort leben oder noch beständig einwandern. Der chinesische Bevölkerungsteil hat mit wenigen Ausnahmen alle irgendwie wichtigen Positionen der siamesischen Wirtschaft in der Hand und bildet durch sein festes, der chinesischen Rasse eigentümliches und durch das Wirken von Geheimbänden unterstütztes Zusammenhalten eine beständige Bedrohung des siamesischen Volkes und seines Staates. Die Entwicklung des siamesischen Volkes wird durch das Vorhandensein einer andersartigen landfremden und wirtschaftsmächtigsten Schicht wie durch einen luftdichten Deckel verhindert; die Politik des Staates von den internationalen Verbindungen des Chinesentums erschwert. Die siamesische Politik muß sich deshalb immer bemühen, mit derjenigen Macht verbunden zu bleiben, die ein Gegengewicht dieses mächtigen chinesischen Blockes darstellt. Diese Macht ist heute allein Japan. Ganz entgegengesetzt der in Europa herrschenden Auffassung sympathisiert also Siam nicht mit dem Freiheitskampf des chinesischen Volkes gegen Japan, sondern ist an einer Stärkung der japanischen Macht in China lebenswichtig interessiert.

Das japanische Interesse an Siam ist dreifach. Einmal ist Siam ein wichtiger Kampfplatz als einziger unabhängiger ostasiatischer Staat neben Japan, um die sowjetrussische Politik zur Revolutionierung Südostasiens zurückzudrängen. Sind in dieser Beziehung die englischen und japanischen Auffassungen über Siam durchaus die gleichen, so sind die anderen Beweggründe Japans für seine siamesische Politik durchaus antienghisch. Japans auch hier weit voraussehende Politik bereitet sich Siam für den Zeitpunkt vor, wo es Indien möglich sein wird, seine Handelspolitik selbständig zu machen und nach Ostasien zu orientieren. Obgleich augenblicklich in England von einer einflussreichen politischen Gruppe der Kampf gegen diese Selbständigkeit vorbereitet wird, rechnet Japan doch mit einem weiteren Nachlassen des englischen politischen und wirtschaftlichen Einflusses in Indien. Für diesen Fall soll Siam das Durchgangsland, vielleicht auch das Verarbeitungsland für eine ausgedehnte wirtschaftliche Expansion Japans in ein selbständiges Indien werden. Zugleich erscheint es nötig, die wirtschaftliche Stellung des chinesischen Elements in Siam und im ganzen südostasiatischen Handel in japanische Hände überzuführen. Die soziologischen und politischen Bedürfnisse Siams kommen diesem japanischen Plan entgegen.

Entscheidender aber noch ist für Japan der strategische Gesichtspunkt. Der mit ungeheuren Kosten erfolgte Ausbau Singapurs zur englischen Flottenstation hat die südostasiatische Inselwelt, den Weg nach Indien und nicht zuletzt den Weg nach Australien für die japanische Expansion geschlossen. Gelingt es, in Siam eine feste strategische Position Japans zu schaffen, so wird die Stellung Singapurs geschwächt. Noch stärker wird das der Fall sein, wenn die Pläne eines Kanals durch die Landenge von Krai durchgeführt würden. Der Weg von Ostasien nach Indien würde damit um mehrere tausend Kilometer abgekürzt werden und Singapur sozusagen auf das Trockene gesetzt. Wenn auch die Verwirklichung dieses Kanals bei der starken Inanspruchnahme der japanischen Kräfte in der Mandschurei und in Nordchina noch längere Zeit auf sich warten lassen dürfte, so zeugt doch schon der Plan von der Entschlossenheit, mit der Japan ganz Ostasien nach und nach seinem Einfluß unterwirft.

Gefährliche Verleumdung.

Der „Kurjer Poranny“, der zur Regierungspartei gehört, bringt wieder einmal scharfe Angriffe auf das deutsche Kapital und die deutschen Industriellen in Ober-Schlesien. Durch eine ganze Reihe von Einzelbehauptungen, die aber nur sehr allgemein angeben werden, wird der Satz vertreten: daß die deutschen Industriellen die ober-schlesische Industrie absichtlich ruinieren.

Zu dieser Meldung bemerkt der „Ober-schlesische Kurjer“:

„Es lohnt kaum, in eine Debatte mit derartigen Behauptungen einzutreten; denn die maßgebenden polnischen Wirtschaftskreise wissen ganz genau, daß ohne das deutsche Kapital, das heute noch in der ober-schlesischen Industrie investiert ist, die Aufrechterhaltung der noch tätigen Betriebe gar nicht möglich wäre. Die Versuche zur Ablösung der deutschen Beteiligung durch Kapital anderer Herkunft sind in den letzten Jahren regelmäßig gescheitert, weil dieses andere Kapital nicht zu beschaffen war. Wie man unter diesen Umständen zur völligen Ausschaltung der deutschen Beteiligungen an der Industrie des ober-schlesischen Reviers raten kann, ist ein Geheimnis derjenigen Politiker, die sich um die wirtschaftlichen Folgen ihrer Ratschläge kaum oder offenbar gar nicht kümmern.“

England und das neue Deutschland.

Das alte England.

Chamberlain ist schon mit Blindheit geschlagen!

Gelegentlich von Ausschußverhandlungen über persönliche Bezüge der Beamten des Außenministeriums fand im Unterhaus eine große Aussprache über auswärtige Fragen statt. Sie wurde durch den Führer der Opposition

Lansbury

eingeleitet. Übergehend auf die Abrüstungskonferenz, kritisierte er die Englische Regierung außerordentlich scharf wegen ihrer Forderung, für koloniale Zwecke Bombenflugzeuge beizubehalten. England habe kein Recht auf eine Vorzugsbehandlung. Die Opposition verlange nach wie vor die Abschaffung des Luft- und Unterseebootkrieges, sowie die Internationalisierung der Luftfahrt. Die Lage in Europa und im Fernen Osten verschlechtere sich tagtäglich. Überall sehe man eine Wiederbelebung des Kriegsgeistes. In Deutschland würden weite Kreise der Jugend im Fliegen ausgebildet. Die Opposition verlange, zu wissen, welche Aufläufe von Flugzeugen, Teilen oder ganzen Flugzeugen in England getätigt seien. Die Arbeiterpartei wünsche, daß man Deutschland hinsichtlich der Luftfahrt und der Rüstungen im allgemeinen (!) „fair play“ zukommen lasse. Sie würde aber nicht etwa ruhig und ohne Protest zusehen, wenn Deutschland sich wieder bewaffnen und eine schrecklich mächtige Gewalt im Herzen Europas werden würde (!). Bei diesem Thema angelangt, erging sich dann der Arbeiterpartei, ohne Rücksicht auf das von ihm beschworene „fair play“, in neuen Verdächtigungen und Beschuldigungen der Deutschen Regierung zugunsten der Juden, Sozialisten und Kommunisten in Deutschland.

Sir Austen Chamberlain

widersprach den Ansichten Lansburys über das Luftbombardement und meinte, daß in gewissen Gegenden und unter gewissen Umständen ein Bombenflugzeug eine sehr humane Waffe sei (?), aber die Regierung dürfe wegen ihrer Forderung der Verwendung von Bombenflugzeugen in Kolonialgebieten nicht die Abrüstungskonferenz zusammenbrechen lassen und möchte daher diese Frage noch einmal gründlich erwägen.

Zur Lage in Deutschland äußerte sich Chamberlain mit einer geradezu aufreizenden Verständnislosigkeit. Er meinte, daß ein früherer Außenminister wie er natürlich mit größter Zurückhaltung und Vorsicht über die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes sprechen müsse. Seine Ansicht aber könne er getrost sagen, daß es schwierig für England sei, auf wirklich freundschaftlichem Fuße mit einer Nation zu stehen, die aus ihrer Politik jeden Gedanken, der für alle britischen Einrichtungen fundamental sei, ausgeschlossen habe. Geradezu ungehenerlich war die Behauptung Chamberlains, der, bekanntlich allen Verständigungs-bemühungen der Frau Stresemanns zum Trost, an seinem Bekenntnis festhielt, daß er Frankreich „wie eine Frau liebe“, daß der neue Geist Deutschlands „eine Drohung für jede Nation und für jede andere Rasse sei.“ (!) Ganz im Fahrwasser der imperialistischen Politik Frankreichs machte er sich in diesem Zusammenhang die beliebte Phrase der „moralischen Abrüstung“ zu eigen, die noch nicht erfolgt sei, um damit den unmoralischen Zustand des Versailles Rüstungsterrors zu rechtfertigen.

Unterstaatssekretär Eden

sprach darauf im Namen der Regierung. Alle Parteien, so erklärte er, würden das Ergebnis der jüngsten englisch-russischen Besprechungen willkommen heißen. Die Vertagung der Abrüstungskonferenz sei nur ein Wechsel in der Methode. (?) Anstelle der öffentlichen Verhandlungen in Genf vermute man jetzt einen Meinungsaustausch zwischen den Leitern der Abordnungen unter der Führung des Präsidenten Henderson. Man dürfe die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß die Unterzeichnung einer Abrüstungsvereinbarung im gegenwärtigen Augenblick ein Risiko enthalte, aber man dürfe auch nicht das Risiko vergessen, das darin liege, wenn man jetzt keine Einigung erziele.

Das junge England.

„Deutschland wieder Führer im Kreis der germanischen Völker!“

Rolf Gardiner, ein bekannter politischer Führer von Jung-England, aus reichem Haus, Mitglied einer alten kultivierten Familie, Sohn eines bekannten Universitätsprofessors, ist seit Jahren der Führer einer Bewegung, die einen regen kulturellen Austausch zwischen dem deutschen und dem englischen Volk mit Energie betreibt. Rolf Gardiner hat einen Kreis junger Studenten und Jugendführer um sich gesammelt, der ebenso zielbewußt, wie er, an der großen Aufgabe einer Erneuerung der nordischen Kultur und besonders der kulturellen Zusammenarbeit mit Deutschland arbeitet. Seit einem Jahrzehnt ist auf diesem Wege eine enge Gemeinschaft mit deutschen Jugendbänden, insbesondere mit der deutschen Freischar und dem deutschen Singkreis entstanden. Es gibt vielleicht wenig Ausländer, die den Sinn der deutschen Revolution so ganz verstanden haben, wie Gardiner, der Verfasser des nachfolgenden Briefes an den Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung, Dr. Göttsch. Dieser Brief weist weiter in die Richtung einer Einigung des großen germanischen Kulturraumes um Nord- und Ostsee.

In dem Brief heißt es: „Als Führer einer jungen englischen Generation, die seit Kriegsende unermüdlich den Weg zu einer ehrlichen Begegnung mit den konservativen nationalen Teilen der deutschen Jugend gesucht hat, wage ich, Ihnen zu schreiben und gleichzeitig im Namen meiner Kameraden unserer Freude über die Erneuerung des deutschen Volkes und über die Wiederherstellung der deutschen nationalen Würde Ausdruck zu verleihen. Wir müssen hier in unserer Heimat gegen manche Verleumdung und gegen viel Mißverständnis kämpfen, das die nationale Erhebung des deut-

schen Volkes bei unserer liberalen Staats- und Gesellschaftsführung erregt hat.

Wir wissen, daß die Bedeutung der deutschen Revolution weit über die Grenzen des Reiches hinaus reichen muß, ja, sie betrifft eigentlich die ganze germanische Welt, zu der wir uns bekennen.

Deutschland hat wieder die Führerstellung im Kreis der germanischen Völker erworben. Ein still arbeitender und gläubiger Teil des englischen Volkes wird diese innere Tatsache zu huldigen wissen und wird hier bei der Wandlung unserer Nation auf deutsche Führung und Anregung horchen müssen.

Wir halfen bei den ersten deutschen Arbeitslagern mit und nahmen Teil an Auslands- und Grenzlandfahrten der Bünde. Wir lernten dadurch eine junge deutsche Mannschaft kennen, die sich zu hoher Disziplin und Opferbereitschaft erzogen hatte. Wir folgten ihrem Einsatz im deutschen Osten und warben für ein wirkliches Verständnis der deutschen Aufgabe im Osten zu Hause. Wir durften mithelfen bei der Gestaltung der Arbeitslager für Bauern, Arbeiter und Studenten im Hoherhaus Böwenberg (Schlesien), und wir durften teilnehmen an der Gründung des Musikheims in Frankfurt an der Oder. Vom Musikheim zogen gemeinsame deutsch-englische Gruppen, unter Führung von Georg Götsch, auf Spiel- und Singfahrten in den deutschen Osten. Unter derselben Führung kam der Deutsche Singkreis öfters nach England und wurde bis in die kleinsten englischen Ortschaften ver-:hmt und beliebt. Diese Reisen geschlossener deutscher Gruppen haben viel mehr bewirkt, als alle kostspieligen Repräsentationen (Bruno-Walter-Konzerte usw.). Sie haben beim englischen Adel wie bei der englischen Arbeiterschaft ein unvergeßliches Bild eines neuen Deutschland gelassen.

Diese mannigfachen Bemühungen, die sich seit zehn Jahren über Deutschland und England hinaus

über den ganzen germanischen Nord-Ostsee-raum erweiterten,

und sowohl in Holland wie in Skandinavien und im Baltikum Keimzellen einer neuen Kulturhaltung formten, mußten die Hemmungen und das Unverständnis eines noch herrschenden Liberalismus dulden.

Eine ganze alte Welt stand gegen unsere Richtung und wollte sie verdrängen.

Denn wir suchten die neue Ordnung eines dritten Reiches, wir wollten nicht Verbrüderung, sondern geistigen Nahkampf. Wir dachten un-demokratisch und un-pazifistisch. Wir kämpften um neue soziale und zwischen-nationale Formen.

Heute aber ist der neue deutsche Staat da! Wir glauben, daß dieser Staat unsere Sache verstehen muß, weil das, was wir seit zehn Jahren taten, seine Sache war und heute mehr als je ist.

Schließlich möchten wir bitten, daß Sie, jenseits des Lärms einer „enttäuschten“ englischen „Öffentlichkeit“, die Stimmen eines neuen und mühenenden Englands wahrnehmen können, die für die große Entwicklung des deutschen Volkes waches und warmes Interesse hegen. Wir glauben, daß unser Land für die werdenden Führer des Deutschen Reiches immer noch einen großen Schatz von nordischer Weisheit und germanischer Tradition birgt. Ein alter-reiches England mag mit einem zukunfts-trächtigen Deutschland einen für beide Länder vorteilhaften Austausch treiben.“

Das Urteil eines Deutschen aus England.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt der neue Chefredakteur und bisherige Londoner Korrespondent des Blattes, Siler, über die dauernden Voraussetzungen der englischen Politik gegenüber Deutschland:

Die sogenannte „Isolierung“ Deutschlands in der Welt ist trotz der Senfer Abstimmung ein Wunschgebilde. Es isoliert sich leichter im Konferenzsaal als in der rauhen Wirklichkeit, die die Völker zu Nachbarn macht.

Die englische Politik weckt bei manchen Gegnern Deutschlands Hoffnungen, die trügen werden.

Den Engländern paßt manches an den deutschen Zuständen nicht, uns paßt ja auch manches nicht an den englischen (unter anderem die Verhimmelung der Konferenzen, Kom-missionen und Kompromisse). Die Engländer sagen sehr deutlich, was ihnen nicht paßt, und sie übersehen dabei leicht, daß dritte Völker aus solchen Kundgebungen gefährliche, weil falsche Schlüsse ziehen, bei denen England dies oder das nicht paßt.

Damit ändern sich noch nicht die Grundlagen ihrer Weltpolitik.

Man soll diese Grundlagen nicht übertreiben. Es ist nicht so, wie viele sich das vorstellen, als ob irgendwo in Downing Street oder in Scotland Yard raffinierte Grundlagen einer solchen Weltpolitik konstruiert werden, und als ob nun an tausend Drähten alles auf das eine Ziel eingespant würde. Im Gegenteil.

Es wird viel und gern improvisiert,

schnell und oft planlos werden Gelegenheitsgeschäfte mitgenommen (auf solche werden wir allerdings scharf aufpassen haben). Aber ein paar Grundlagen bleiben doch Was in der englischen Politik bisher richtig ist, ist doch nicht plötzlich falsch geworden, weil den Engländern unsere Regierungsform nicht paßt. Die englische Politik ist auf die Dauer ebenfowenig mit einer besonderen deutschen Staatsform verknüpft wie das deutsche Revisionsrecht. Wir geben zu, daß die Kundgebungen der englischen Presse und auch manche Handlungen englischer Staatsmänner den gegenteiligen Eindruck machen müssen.

Bestand wird das nicht haben.

